

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

108 (11.5.1931)

# Freistaat Baden

## 50 Jahre badische Eisenbahnpolitik

Eine zeitgemäße Betrachtung zum Volksfreundjubiläum  
Von Dr. Kunze Müller-Freiburg.

Als der Volksfreund vor nunmehr 50 Jahren in Offenburg das Licht dieser herrlichen Welt erblickte, da sah es um seine Beförderungsmöglichkeit nicht allzu rosig aus; denn Anzahl wie Schnelligkeit der Bahnen, die ihn in die benachbarten Landschaften hinausstrichen, waren noch wesentlich geringer, als wir sie heute gemöhnt sind. Ja, noch als er nach Karlsruhe übersiedelte, ging die Beförderung teilweise ziemlich langsam vor sich, so daß die Geschäftsleitung oft genug darüber Klage zu führen hatte. In den vergangenen 50 Jahren hat sich somit auch im badischen Eisenbahnbetrieb und -verkehr so manches geändert, und wenn der Volksfreund heute unter den damals obwaltenden Verkehrsverhältnissen zu arbeiten hätte, dann würden ihm wahrscheinlich — auch bei der besten Redaktion — die Abonnenten scharenweise davonlaufen.

So weist, wie man sieht, schon rein äußerlich und geschichtlich genommen, die Geschichte des Volksfreunds und der Eisenbahnen in Baden manche Zusammenhänge auf. Die Beziehungen werden aber noch viel enger, wenn man sich der verkehrspolitischen Mitarbeit des Volksfreunds am Aufbau des badischen Eisenbahnwesens erinnert. Da tritt uns vor allem der Name unseres verstorbenen Genossen und Volksfreundredakteurs Wilhelm Kollb entgegen, der Jahrzehnte hindurch für vernünftige Reformen im Eisenbahnwesen erfolgreich gekämpft hat. Sowohl als Journalist wie als Parlamentarier hat er, um 1900 noch von nur wenigen einsichtigen Politikern unterstützt, zur Zeit des Kilometerheftes und seiner drohenden Aufhebung (1907) gegen den Eisenbahnbürokratismus angefaßt wie kaum einer sonst im Reich, geschweige denn im Mutterlande. Der freisinnige Landtagsabg. Krauß und Prof. Dr. Büttling von der Technischen Hochschule waren die Einsäen, die mit ihm gingen und insbesondere gegen die rückwärtigen Personaltarifreform von 1907 wie gegen die unfairen preußischen Konkurrenzmaßnahmen zu Felde zogen. Diese Dinge sind heute im allgemeinen vergessen; aber es würde wirklich nichts schaden, wenn unsere sozialistische Jugend sich mit alledem gelegentlich auch einmal beschäftigen wollte, damit sie erkennt, unter welsch erschwerten Umständen und Hemmungen die ältere Generation der Genossen hat arbeiten und kämpfen müssen.

Mit den vier Schnellzügen, die anno 81 die Hauptbahn auf und ab fuhren, wäre heute nicht mehr viel Staat zu machen. Und doch war man damals froh darum, denn es gab in Deutschland, vornehmlich im Norden und Osten, Saubahnlinien genug, die von solchen Verkehrsleistungen noch weit entfernt waren. Heute hat sich die Zahl der durchgehenden Schnellzüge mehr als verdreifacht und der Vorkriegsstand bereits unweitlich übertraffen. Man kann wohl sagen, daß der gewaltige Aufschwung des Durchgangsverkehrs auf den badischen Linien, insbesondere der Strecke Mannheim—Heidelberg—Baden, mit dem Jahre 1895, dem Einführungs-jahr des berühmten Kilometerheftes, einsetzte. Dieses „Sauberbild“ war durch die Initiative des damaligen großherzoglichen Ministers Dr. Ariur Brauer eingeführt worden, während die Generaldirektion der Staatsbahnen selbst, der Frage seiner Einführung zum mindesten, passiv gegenüberstand und sich wenig davon versprach.

Der Erfolg des Kilometerheftes, das 12 Jahre lang, von 1895 bis 1907, bestand, war ein beispielloser und gab dem badischen Durchgangsverkehr einen Schwung, daß der Schnellzugsfahrplan der Hauptbahn bald an die erste Stelle in ganz Deutschland rückte. War das Kilometerheft zunächst als reine Abwehrmaßnahme gegenüber der schärferen preußisch-österreichischen Konkurrenz links des Rheines gedacht, so wirkte es sich schließlich als erste Klasse der Bahn für die badische Bahn, den Schwarzwald und den dessen Fremdenverkehr aus. Sogar die preußisch-österreichischen Bahnen, welche den badischen Nachbar bisher hatten zu Tode konkurrieren wollen, betamen den neuartigen Wettbewerb zu führen und beendeten sich denn auch durch altherbald Unfreundlichkeiten, wie Verweigerung direkter Züge und Wagen, Verschlechterung der Anschlüsse, einseitige Auslastungsregelungen durch die Schaffner, Nichtausgang badischer Fahrpläne auf preußischen Stationen und vieles andere mehr, was uns heute im Zeitalter der Reichsbahn als eine Ungeheuerlichkeit, wenn nicht Unmöglichkeit dünken möchte.

Als dann, nach 1905, eine einheitliche Tarifgestaltung in ganz Deutschland erstrebt wurde, um all diesen Unfreundlichkeiten ein Ende zu bereiten, da stand abermals Genosse Kollb und mit ihm der Volksfreund in vorderster Reihe, um zu verhindern, daß unter fortgeschrittenem badisches Tarifsystem etwa durch eine bloße Verprekerung der Tarife, also eine untaugbare Verschlechterung, verdrängt werde. Der Kampf in Wort und Schrift war ein scharfer, und wenn auch nicht alles, was man wollte, erreicht wurde, so bekam die Tarifreform von 1907 immerhin ein Aussehen, das einigermaßen erträglich war. Die „Strebewagenklasse“, auf deren allgemeine Einführung Preußen den größten Wert legte, blieb Baden erspart (Württemberg, das sie, allerdings in verbesserter Form, annahm, erhielt zum Danke dafür ein neues Schnellzugspar, das eigentlich Baden zugedacht gewesen war), und die ersten sogenannten „bescheidenen Personenzüge“ mit dem billigen Zweifelhunderttarif liefen nun auch in Baden. Trotzdem bedeutete die ganze sogenannte „Reform“ — zum mindesten für Baden — keinen Fortschritt.

Im Weltkrieg erlitt dann das ganze Tarifsystem mehr oder weniger Schiffbruch; die 4. Klasse tauchte schließlich doch auf, und die beginnende Inflation warf alle Tarife vollends über den Daufen. Auch der Schnellzugsfahrplan mußte wesentlich reduziert werden, um dann — etwa von 1925 an — wieder allmählich bis zur heutigen erfreulichen Höhe anzusteigen.

Als Glied der deutschen Reichsbahn kommt der Reichsbahndirektion Karlsruhe nicht die Bedeutung der ehemaligen Generaldirektion zu; immerhin wird auch heute noch der Fahrplan in Karlsruhe entworfen, werden Um- und Neubauten von hier aus veranlaßt und vergeben, während Tarif- und Personalfragen naturgemäß im ganzen Reich einheitlich be-

handelt werden müssen. Aber Bau und Betrieb haben einen so gewaltigen Umfang, daß die Presse auch heute noch Gelegenheit genug hat, ihren Einfluß auf die Gestaltung des badischen Eisenbahnwesens geltendzumachen. Möge im kommenden Halbjahrhundert der Volksfreund hier wieder an erster Stelle stehen!

## Palastrevolution bei den Freiburger Hakenkreuzlern

Aus Freiburg wird uns geschrieben: Im Freiburger Nazilager herrscht mit Entrüstung gepaarte Niedergeschlagenheit. Einer der bekanntesten Hakenkreuzler Freiburgs, der Stadtrat Josef Rubel, Führer der Freiburger SA-Abteilung der Hitlerianer, hat sein Stadtratsmandat, das ihm bei den vorjährigen Novemberwahlen zufiel, niedergelegt und ist gleichzeitig aus der Nazi-Partei ausgetreten. Der Verzicht auf Stadtrats-sessel und Hakenkreuz hat einen amüsanten Hintergrund. Herr Rubel als Mitglied des Stadtrats, war mit anderen Stadträten verschiedener Parteien zu einer Festsetzung von Gelände zugewiesen worden. Im Anschluß daran wurde in der Karntau (nebenbei gesagt dem Lieblingsaufenthalt des verstorbenen Volksschriftstellers Hans Jakob) den Stadträten ein Trunk und ein Imbiß dargeboten. Dabei gukte — wie das so vorkommen kann — Herr Rubel zu tief in das Weinglas und bald hatte er einen kleinen Schwips weg. In dieser Verfassung sang er, von einer Bemerkung des Oberbürgermeisters dazu angeregt, das Hitlerlied. Frisch und fröhlich schmetterte er es zum Gaudium der Zuhörer hinaus.

Der im engsten Zirkel sich abspielende Vorgang siderte an die Öffentlichkeit durch und wurde selbstverständlich viel belacht. Wer aber nicht lachte, das waren die prominenten Nazis und auch Herr Rubel hatte zunächst nichts zu lachen. In der bald darauf stattfindenden Parteiverammlung wurde er fürchterlich abgetriezelt; seinen Solosong sagten die Bonzen als eine Entweihung und Profanierung des Hitlerliedes auf. Die schlechte Jenzur hat Herrn Rubel nun so geärgert, daß er den Nazis den Bittel vor die Füße warf, auf seine Stadtratswürde verzichtete und aus der Partei austrat.

Nach ein zweiter, der Nazi-Stadtoberordnete Ditsch, hat ein Haar in der Hakenkreuz-Suppe gefunden. Auch er legte sein Ehrenamt nieder und trat aus der Partei aus. Wer wird der Nächste sein? Diese Frage erscheint berechtigt!

## Schlechte Verteidigung einer schlechten Sache

Der nationalsozialistische Führer scheint selbst der Auffassung zu sein, daß das vom badischen Innenministerium gegen ihn ver-

fügte Verbot von Grund auf berechtigt war. Denn sonst könnte er seine Verteidigung nicht so schlecht führen als es der Fall ist. Neben seiner „Beschwerde“ läuft nämlich ein „Protestschreiben“ der Arbeiter und Angestellten der Druckerei J. J. Keiff, Karlsruhe, an den badischen Innenminister, worin diese gegen das Verbot des Führer „protestieren“, weil hierdurch — bestehende Arbeitsmöglichkeiten vernichtet“ würden. Eine wahrlich groteske Begründung eines Protestes, die etwa auf der gleichen juristischen Höhe steht, wie die Beschwerde eines Verbrechens, der den ihn verfolgenden Staat anklagt, ihn in der guten Absicht behindert zu haben, in der Zeit der Wirtschaftskrisis ein gewinnverprechendes „Geschäft“ zu machen.

Zutreffend deutet der Badische Beobachter diese überflüssige Begründung des „Protestschreibens“ auf, indem er schreibt: Die Arbeiter und Angestellten der Firma Keiff sind sehr schlecht beraten, wenn sie sich dabei einfach an die nationalsozialistische Schablone halten und von einem „ungerechten Verbot“ des Führer schreiben. Darüber, ob dieses Verbot ungerecht oder gerecht ist, hat selbstverständlich nicht das durch die unwahrscheinliche und verleumderische Schreibweise des Führers geschädigte Personal der Druckerei zu entscheiden, sondern andere berufene Instanzen. Moralisch wären die Stellen, in deren Auftrag der Führer erscheint, dazu verpflichtet, das Personal zu entschuldigen, denn sie sind daran schuld, daß das Personal der Druckerei Keiff vierzehn Tage lang ohne die bisherige Arbeitsmöglichkeit bleibt. Die Staatsgewalt hat ihre Pflicht gegenüber den Hebern gegen den Staat und seine Organe und muß diese Pflicht tun. Und die Druckerei Keiff mußte sich, als sie den Auftrag übernahm, den Führer zu drucken, darauf gefaßt halten, daß bei der Schreibweise dieses Blattes ihm, gerade so wie anderen Heßblättern, so etwas passieren könnte, was ihm jetzt passiert ist. Es ist vollkommen abwegig, wenn das Personal der Druckerei folgenlos, offenbar von nationalsozialistischer Seite formulierte Satz in ihren Protest aufgenommen hat: „Das Verbot ist für die Arbeiter und Angestellten der Druckerei um so unverständlich, als es eine auflösende Druckerei betrifft. Bei der heutigen Wirtschaftslage werden alle Mittel versucht, um neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Auf der anderen Seite aber vernichtet aber der badische Innenminister mit einem Federstrich bestehende Arbeitsplätze und bestehende Arbeitsmöglichkeiten.“ Schade, daß die „auflösende Druckerei“ anscheinend bloß dadurch einseitigen auflöst, daß sie ein nationalsozialistisches Heßblatt druckt und sich dabei fortwährend der Gefahr eines Verbotes der Zeitung aussetzt. Und um dieses Auflöhen zu fördern, sollen der Staat und seine Organe sich unstraft von dem dort gedruckten Blatt misshandeln lassen! Das ist etwas viel verlangt.

## Schwere Zusammenstöße in Hornberg

WTB. Hornberg (Schwarzwald), 10. Mai. Eine von den Nationalsozialisten für Samstag abend einberufene Versammlung in den Postsaal wurde zum Anlaß einer größeren Schlägerei, bei der zehn Personen teils leicht, teils erheblicher verletzt wurden. Es kam zu Reibereien, in deren Verlauf auch Gartenschubbe als Waffen benutzt wurden. Etwa zehn Personen wurden teils leicht, teils erheblicher verletzt, doch liegen bei keinem der Verletzten schwere Verwundungen vor. Die Verletzten sind fast alle von auswärts aus der engeren oder weiteren Umgebung von Hornberg. Ein junger Mann erlitt einen Nervenschlag und mußte bewußtlos abtransportiert werden. Die Verletzten konnten nach Anlegung von Notverbanden nach Hause entlassen werden. Von auswärts herbeigerufene Gendarmerie säuberte den Platz und stellte die Ordnung wieder her.

# Aus aller Welt

### Schweres Flugzeugunglück in Gelsenkirchen

Das Sportflugzeug D 1489, das dem Luftfahrverein Essen-Oberhausen gehört, stürzte auf dem Flugplatz Gelsenkirchen aus 50 Meter Höhe ab und wurde vollständig zertrümmert. Der Pilot Erich Hülsman aus Essen hat einen Wirbel- und Schädelbruch erlitten und schwebt in Lebensgefahr.

### Schweres Grubenunglück in Hamborn

WTB. Hamborn, 10. Mai. Im unterirdischen Betrieb der Zeche Neumühl ereignete sich am Sonntag durch Anbohren eines flüchtigen Sprengstoffes eine Explosion, durch die drei Bergleute schwer verletzt wurden; drei Bergleute erlitten leichtere Verletzungen.

### Magdeburg gedenkt seiner Zerstörung vor 300 Jahren

Die über 1000 Jahre alte Stadt Magdeburg gedachte Sonntag des Tages ihrer fast vollständigen Zerstörung im 30jährigen Krieg am 10. Mai 1631. Zahlreiche Vereine und Organisationen besingen den Tag durch besondere Veranstaltungen.



Die Zeit der frischen Spargel beginnt wieder

### Professor Wegener verschollen?

Die norwegische Hilfsexpedition, die zur Rettung der seit längerer Zeit im Grönlandeis verschollenen Wegener-Expedition aufgebracht war, fand deren Mitglieder Georgi, Røme und Soraa wohlbehalten auf. Sinegen muß mit dem Tode von Professor Wegener und seinem Begleiter Rasmussen, die am 1. November die übrigen Expeditionsmitglieder in westlicher Richtung verlassen haben, nunmehr fest gerechnet werden.

### Schwierigkeiten von Do X

Das Flugschiff Do X hat in Bolama einen Absturzversuch unternommen, der jedoch infolge zu schwerer Belastung ergebnislos blieb. Das Flugschiff wird nunmehr nach den Orange-Inseln gebracht werden, wo ein zweiter Absturzversuch unternommen werden soll.

### Graf Christian Stolberg aus dem Gefängnis entlassen

Graf Christian zu Stolberg-Wernigerode in Jannowitz, den das Sächsischer Obergericht wegen fahrlässiger Tötung seines Vaters, des Grafen Eberhardt zu Stolberg-Wernigerode zu neun Monaten Gefängnis verurteilt hatte, hat der „D.A.Z.“ zufolge Bewährungsfrist auf drei Jahre erhalten. Der andere Teil der Gefängnisstrafe war als durch die Untersuchungsanstalt verbüßt erklärt worden.

### Gelährte Raubüberfälle in Berlin

Die schweren Raubüberfälle der letzten Zeit in Berlin haben jetzt die Aufklärung gefunden. Der vor einigen Tagen verhaftete Bandenführer Spernan, der zunächst beharrlich leugnete, hat heute ein umfassendes Geständnis abgelegt.

### Refordbesucherszahl im Deutschen Museum

Das Deutsche Museum in München hatte 1930/31 das schwierigste Geschäftsjahr seit seiner Gründung vor 28 Jahren zu überleben. Nicht einmal in der Kriegszeit war die Not derart groß. Heute stellt dem Museum fast niemand mehr flüssige Geldmittel zur Verfügung. Viele Mitglieder haben ihren Austritt erklärt mit der Begründung, daß sie nicht mehr in der Lage seien, die Pflichtbeiträge (200 M pro Jahr) zu zahlen. Durch eine besondere Werbeaktion gelang es allerdings, die Zahl der Mitglieder um rund 400 auf 4900 zu steigern. Die Bilanz des reinen Museumsbetriebes ist mit 1,4 Millionen ausgeglichen. Die Hauptposten der Einnahmen bestehen wieder aus den jährlichen Zuschüssen des Reichs, Bayerns, der Münchener Stadtverwaltung und aus den Eintrittsgeldern in Höhe von 266 000 M. Der größte Posten der Ausgaben ist das Personal mit 661 000 M. Erfreulich ist die Festhaltung des Geschäftsberichtes, daß sich die Refordbesucherszahl des vorigen Jahres um rund 50 000 auf 671 708 erhöhte. Die Steigerung, die im wesentlichen auf die Verbilligung des Eintrittes für Arbeiter, Angestellte und Studierende zurückzuführen ist, verteilt sich auf 11 Monate des Jahres. Nur der Juni brachte einen erheblichen Rückgang der Besucher. Die höchste Besucherzahl pro Tag betrug 4000, die niedrigste 1000, der Durchschnitt ist 1840.

**MAGGI<sup>s</sup> billigere!**  
**SUPPEN**  
 1 Würfel nur noch **10 Pfg.**



# Aus dem Städt. Voranschlag

## Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

### Allgemeines

Von allen städtischen Werken nehmen diese drei Werke für die Regalewirtschaft den ersten Rang ein. Ihre überragende Bedeutung liegt nicht nur darin begründet, daß die Befriedigung ihrer erzeugten Produktion an Kleinabnehmer als Versorgung der städtischen Bevölkerung in Frage kommt, sondern daß die Abgabe ihrer erzeugten Produkte an Industrie und Wirtschaft einen außerordentlich wichtigen Faktor in dem Aufgabebereich der Werke bildet.

In ihrer eigentlichen Monopolstellung bilden sie dies besonders. Die Rentabilität der Werke läßt bei einem Teil von Industrie- und Gewerbebetriebe eine gewisse Begehrtheit nach diesen Werken aus. Es wird mit allem Raffinement auf die

### Entkommunalisierung

dieser Werke abgesehen und versucht, die Stadtverwaltungen in den Sinn dieser Entkommunalisierungspolitik zu bringen. Dies trifft insbesondere bei der

### Gasversorgung

zu. Seit Jahren versucht die Ruhr A.G., das Problem der Ferngasversorgung bei den Städten durchzuführen. Es liegen aber Gründe genug vor, die zur Vorsicht mahnen. Wir warnen ganz entschieden vor einem derartigen Versuch, das die Voraussetzungen haben würde, sich auf Jahrzehnte hinaus mit den Fesseln von Verträgen zu binden, die vielleicht nach kurzem schon vom Tempo und dem Maß kommender Entwicklung übertrumpft werden.

Nach all dem, was wir bisher von der Ruhr A.G. erfahren haben, reist es keineswegs, eigene Regiebetriebe zugunsten der privatkapitalistischen Bestrebungen aufzugeben. Mit welcher Routine die Ruhr A.G. versucht, ihre Pläne bei den Städten durchzusetzen, geht schon aus dem Umstand hervor, daß sie versucht, es zu tun, was sie nicht kann, nämlich die Liefermengen des in den Städten erforderlichen Gases geliefert werden sollen. Kein Mensch denkt im Ernste daran, daß dieser Zustand, wenn er geschaffen werden sollte, nur kurze Zeit so bleiben sollte. Dies ist vielmehr nur der Vorwand, der nur den Zweck haben kann, überhaupt einmal zur Belieferung der Städte zu kommen, um bei der nächsten Gelegenheit nach der ganzen Versorgung der Städte die Hand auszustrecken. Das Projekt der Ruhr A.G. ist unersetzlich grundrührig abzulehnen. Doch ist ein Verlangen berechtigt, daß die kleinen und kleinsten Gaswerke, die nachgemieteten unrentabel arbeiten, sich an größere Werke anschließen verhalten.

Die Frage der Großstadtversorgung im Rahmen kommunaler Zweckverbände ist dringend erforderlich, ja wird aus wirtschaftlich-technischen Postulaten, Anfänge auf diesem Gebiete sind durch die Stadtverwaltung Karlsruhe bereits schon gemacht. Die Stadtgemeinde Erlangen hat bereits schon seit Jahresfrist ihr eigenes Werk als kleines Gaswerk fertiggestellt. Die Ferngasversorgung ist für das Karlsruhe Gaswerk bereits schon technisch durchgeführt. Die Ablehnung der Absichten der Ruhr A.G. ist nicht nur vom Standpunkte wirtschaftlicher Interessen für die Städte abzulehnen, sondern weit mehr vom Standpunkte kommunaler Finanzpolitik aus und nicht zuletzt auch im Interesse der Gasconsumenten.

Es kann einwandfrei nachgewiesen werden, daß die Gaspreise bei kommunalen Gaswerken außerhalb dem Gebiete der Ruhr A.G. weit niedriger sind als bei den Städten, die seit Jahrzehnten Ferngasversorgung durch die Ruhrwerke haben, obwohl dieselben hunderte Kilometer von den Kohlenzechen entfernt liegen. Die Verkaufspreise in Städten mit Kohleerzeugung, die im Ruhrgebiet liegen, schwanken zwischen 18 und 21 Pfennig pro Kubikmeter. Während in den Städten mit Eigenzeugung der Verkaufspreis zwischen 15 und 18 Pfennig schwankt. Damit dürfte der Beweis geführt sein, daß

### Eigenzeugung

immer noch mehr Vorteile für die Bevölkerung hat, als der Bezug von Kohleerzeugtem Gas.

Zu welchem Ergebnis der Komm. Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Fritz Glöckner, kommt, beweisen seine Ausführungen im Deutschen Volksrat, indem er dort wie folgt schreibt:

„Abschließend kann also die Frage nach der Wirtschaftlichkeit der Ferngasversorgung dahin beantwortet werden, daß eine Verbilligung des Gases für die Gemeinden durch den Ferngasbezug im allgemeinen nicht zu erwarten ist. Unter Umständen könnte sogar der Befall der Einnahmen aus den Nebenprodukten und dem Koksverkauf zu einer Erhöhung der Gaspreise führen.“

Wenn der Präsident des Deutschen Städtetages zu einem derartigen abschließenden Urteil kommt, dann stützt dieselbe keine Angaben hinsichtlich der reichhaltigen statistischen Material, welches dem Deutschen Städtetag zur Verfügung steht. Was hier in Bezug auf die Gasbewirtschaftung gesagt ist, trifft im vollen Umfange auch auf die

### Elektrizität und Wasserversorgung

zu. Auch hier ist die Begehrtheit privater Interessen nicht minder groß wie bei der Gaswirtschaft. Wenn auch gegenwärtig die Frage der Entkommunalisierung für Karlsruhe gerade nicht brennend ist, so ist doch erforderlich, daß die Dinge mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgt werden. Es ist noch nicht allzu lange her, daß die Frage der Abtretung des städt. Elektrizitätswerks an das Badenwerk Gegenstand starker Behandlung war. Die Anhänger der Abtretung werden heute einsehen, welche Vorteile es für den Städt. Rat hat, daß das Werk sich noch in eigener Regie befindet.

Die sozialdemokratische Rathausstraktion ist und bleibt die Vorkämpferin der Forderung, daß die städtischen Werke in eigener Regie bewirtschaftet werden.

Inwiefern gegenwärtig die drei Werke Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk Vorteile für die Stadtverwaltung und Bevölkerung bringen, als städtische Regiebetriebe, soll Gegenstand einer Abhandlung der einzelnen Werke sein.

### Gaswerk

Die Gasabgabe soll gegenüber dem vorigen Jahr rund 1 Million Kubikmeter für die allgemeine Abgabe weniger betragen. Für städtische Anstalten und Schulen bleibt die Zahl der abgegebenen Kubikmeter wie im vorigen Jahr. Die Abgabe für Gasternversorgung ist gestiegen, da außer Erlangen, das schon bei den allgemeinen Betrachtungen als Fernbetrieb aufgeführt ist, die Gemeinden Malsch, Dürmersheim und Dossfeld an das Fernleitungsnetz angeschlossen sind.

Die Gesamteinnahme aus dem Verkauf von Gas und Nebenprodukten betrug:

1930 . . . . . 5 168 110 M.

1931 . . . . . 4 883 630 M.

Die Minderereinnahme von 284 480 M. ist die Auswirkung des Rückgangs der Gasabgabe. Dieser Rückgang ist weniger die Folge des Umstandes, daß der Verkauf der Kleinabnehmer zurückgegangen ist, er ist vielmehr darauf zurückzuführen, daß durch das Darniederliegen der Wirtschaft der Bezug von Gas durch Großabnehmer zurückgegangen ist. Gegenüber den Minderereinnahmen sind naturgemäß auch die Ausgaben gedrosselt worden.

Gegenüber dem Vorjahr mit einer Ausgabe von 5 127 880 M. betragen die im Voranschlag für das Jahr 1931 vorgesehene Ausgaben 4 887 630 M.

Ein Weniger der Ausgaben von 260 250 M. Dieses Weniger würde sich um 41 440 M. erhöhen, wenn nicht die Ausgabe für Kapitaldienst und Erneuerungsfonds gegenüber dem Vorjahr um die vorerwähnte Summe mehr an Ausgaben angesetzt worden wäre. Der Reinerlöshaus mit 16 000 M. weist einen Rückgang gegenüber dem letzten Jahr von 40 250 M. von 24 250 M. auf. Hierbei ist zu bemerken, daß Gehalts- und Lohnabgaben an der Lohn- und Gehaltssumme nicht abgesetzt wurde. Um die

len Teil der hierbei zu errechnenden Summe würde sich der Ueber- schuß noch erhöhen. Allgemein ist hierbei zu sagen, daß Gehalts- und Lohnabgabe in keinem Werk bei den Ausgabennummern ab- gesetzt wurden. Die hieraus sich ergebende Summe von nahezu 1 Million Mark ist aus dem Werk herausgezogen und für allge- meine Ausgaben zwecke eingesetzt.

Wie sich der Gaspreis ab 1. April 1910 in rückliegender Zeit über Krieg und Inflation bis heute entwickelt hat, ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Datum	Gaspreis			Preisstaffelung bei Großverbrauchern
	Leuchtgas	Motorgas	Müllgas	
am 1. 4. 1910	14	12	15	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 14 üb. 200 000 „ 250 000 „ 13 Wärmerbr. üb. 250 000 „ 12
ab 1. 7. 1912	14	12	15	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 16 200 000 „ 250 000 „ 15 über 250 000 „ 14
ab 1. 9. 1917	19	17	15	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 19 200 000 „ 250 000 „ 18 über 250 000 „ 17
ab 1. 5. 1919	30	28	30	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 30 200 000 „ 250 000 „ 29 über 250 000 „ 28
ab 1. 10. 1923	25	24	24	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 25 200 000 „ 250 000 „ 24 über 250 000 „ 23
ab 1. 11. 1923	23	21	21	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 23 200 000 „ 250 000 „ 22 über 250 000 „ 21
ab 1. 12. 1923	20	18	18	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 20 200 000 „ 250 000 „ 19 über 250 000 „ 18
ab 1. 1. 1924	20	18	18	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 20 200 000 „ 250 000 „ 19 über 250 000 „ 18
ab 1. 6. 1924	20	18	18	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 20 200 000 „ 250 000 „ 19 über 250 000 „ 18
ab 1. 7. 1924	19	17	17	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 19 200 000 „ 250 000 „ 18 über 250 000 „ 17
ab 1. 10. 1924	17	15	15	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 17 200 000 „ 250 000 „ 16 über 250 000 „ 15
ab 1. 5. 1925	18	16	16	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 18 200 000 „ 250 000 „ 17 über 250 000 „ 16
ab 1. 12. 1927	18	16	16	Leuchtgas bis 200 000 cbm i. J. 18 200 000 „ 250 000 „ 17 über 250 000 „ 16

Die meisten Abnehmer beziehen das Gas immer noch nach dem allgemeinen Tarif zum Preise von 18 Pfennig je Kubikmeter, da ihr Verbrauch so gering ist, daß selbst die kleinste Grundgebühren ihren Gasbesitz verteuern würde.

Seit Einführung des Grundgebührentarifs (1. September 1927) hat sich der Durchschnittserlös für den Kubikmeter Gas allmählich gehoben und ist jetzt um 2 Pfennig niedriger als vor Einführung des neuen Tarifs. Der Gaspreis für Straßenbeleuchtung ist von 13 Pfennig auf 7 Pfennig je Kubikmeter herabgesetzt. Der hierin liegende Vorteil für die Stadtverwaltung ist auf die Eigenzeugung zurückzuführen, sowie auch die Einnahmen aus der über der Gasversorgung liegenden Ausbeutung der Kohle an Nebenprodukten, wie Koks, Essig, Sulfat, Reinigungs- masse, Schlackenmasse und Benzol, in Höhe von 1 178 000 M. Ohne Eigenzeugung im eigenen Regiebetrieb würde die Stadtverwaltung dieser Einnahmen verlustig gehen.

Die Zahl der Arbeiter im Gaswerk beträgt im laufenden Wirtschaftsjahr 323 einschließlich 7 Lehrlingen gegenüber 340 im Vorjahr. Die Zahl der Beamtinnen für alle drei Werke betrug im laufenden Wirtschaftsjahr 211 gegenüber der Zahl von 205 im Jahre 1930. Die Zahl der Anwärter, Lehrlinge und probeweise Beschäftigten betrug für 1931 36 gegenüber 39 im Vorjahr.

Die Zahl der Arbeiter im Wasserwerk ist um 10 zurückgegangen, die Zahl der Beamtinnen für drei Werke ist über 6 gestiegen. Rationalisierung und Technisierung haben in den letzten 10 Jahren es bewirkt, daß die Zahl der Arbeiter von weit über 400 auf 316 zurückgegangen ist.

### Wasserwerk

Durch Errichtung eines neuen Wasserwerks bei Malsch ist die Wasserversorgung selbst bei einem heißen und trockenen Sommer gesichert. Die außergewöhnlichen Mängel, die im vergangenen Jahre bei der Wasserversorgung für die städtische Bevölkerung aufgetreten sind, sind durch das zum Teil in Betrieb genommene neue Werk gänzlich beseitigt. Die Errichtung des neuen Werkes hat zur Folge, daß Kapitaldienst und Rücklage zum Erneuerungsfonds eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahre erfahren haben.

Es ist von 530 480 M. im Jahre 1930 auf 671 820 im Jahre 1931 gestiegen. In der Einnahme ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Anders bei den Ausgaben, die auf Grund der Erhöhung der Kapitaldienstsumme und Rücklage zum Erneuerungsfonds um 141 340 M. gestiegen sind.

Der Reinerlöshaus ist von 441 190 M. 1930 auf 292 210 M. 1931 zurückgegangen. Monach ein Minus von 148 980 M. zu verzeichnen ist. Der für die Berechnung des Kapitaldienstes maßgebende Anlagewert von bisher 5 428 964 M. hat sich nach dem Stand vom 31. März 1930 durch die Erweiterung der Anlagen von 1 466 046 M. auf insgesamt 6 895 010 M. erhöht. Das Wasserwerk beschäftigt für das Jahr 1931 15 Arbeiter gegenüber 13 Arbeitern 1930, das zu erhebende Wasserfeld beträgt 15 Pfennig je Kubikmeter Wasser. Es hat mit der Errichtung des neuen Werkes eine Steigerung von 3 Pfennig erfahren. Trotz dieser Steigerung liegt das hier festgelegte Wasserfeld weit unter dem, was in den Städten besaßt wird, in denen eine eigene Regiewirtschaft nicht besteht. In Städten, deren Wasserversorgung nicht durch Regiebetriebe erfolgt, schwankt das Wasserfeld zwischen 17 und 55 Pfennig pro Kubikmeter Wasser. Mit Rücksicht auf die äußerst günstige geologische Lage haben wir äußerst günstige Grundwasserhältnisse. Im Gegen- satz verschiedener anderen Gegenden Deutschlands. Die Wasserversorgung ohne zu erwartende Störungen ist auf lange Zeit hier gesichert.

### Elektrizitätswerk

Die im Voranschlag 1930 vorgesehene Kilowattstundenabgaben und Einnahmesätze werden infolge der äußerst schlechten Wirtschaftslage nicht erreicht werden. Es sind mit Rücksicht darauf, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht eintreten wird, die Einnahmen aus der Stromabgabe gegenüber dem Vorjahr herabgesetzt worden. Die allgemeine Stromabgabe ist gegen- über dem Vorjahr um 1 Million Kilowattstunden herabgesetzt.

1930 . . . . . 25 800 000 Kwh.  
1931 . . . . . 24 800 000 Kwh.  
Stromabgabe an Straßenbahn:  
1930 . . . . . 6 000 000 Kwh.  
1931 . . . . . 5 300 000 Kwh.

Die Stromabgabe an Kleinabnehmerbetrieb ist mit 3 500 000 Kwh. gleich geblieben, während die Stromabgabe an städtische Anstalten

und Betriebe um 10 000 Kwh. von 2 210 000 auf 2 220 000 Kwh. gestiegen ist. Es sind an Stromabgabe für das laufende Wirtschaftsjahr 35 830 000 Kwh. eingestellt gegenüber 37 400 000 Kwh. im vergangenen Jahr. Die Stromabgabe für Straßenbeleuchtung erfolgt an die Stadtverwaltung unentgeltlich. Der hieraus entstehende Vorteil für die Stadtverwaltung ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wäre die Aufhebung der Eigenzeugung vor einiger Zeit erfolgt, so wäre für die Stadtverwaltung für Auf- bringung der Mittel für Straßenbeleuchtung eine außerordentliche Ausgabe zu befrachten. Der Reinerlöshaus des Werkes ist gegen- über dem Vorjahr und verminderten Stromabgabe um 37 720 M. von 578 990 M. auf 541 270 M. zurückgegangen.

Der Strompreis ab 1. April 1910 hat folgende Schwankungen durchgemacht:

Datum	Licht	Kraft	Preisstaffelung bei Großverbrauchern ohne Sondervertrag	
			Lichtstrom	Jahresabgabe
am 1. 4. 1910	50	22	500—1 000 M. 2%	
ab 1. 7. 1912	40	20	von 1 001—2 000 M. 3%	
			2 001—5 000 M. 4%	
			über 5 000 M. 5%	
„ 1. 5. 1915	50	25	wie vor	
„ 1. 9. 1917	55	28	wie vor	
„ 1. 5. 1919	65	35	wie vor	
Inflation				
ab 1. 10. 1923	70	40	bis 3 000 kwh 42 Pfg.	26 Pfg.
„ 1. 11. 1923	55	35	3 001—8 000 „ 38 „	24 „
„ 1. 12. 1923	50	30	über 8 000 „ 34 „	22 „
„ 1. 1. 1924	45	28	bis 3 000 „ 40 „	22 „
„ 1. 6. 1924	42	26	3 001—8 000 „ 36 „	20 „
„ 1. 7. 1924	42	26	über 8 000 „ 32 „	18 „
„ 1. 10. 1924	40	22	bis 3 000 „ 40 „	20 „
„ 1. 5. 1925	40	22	3 001—8 000 „ 36 „	18 „
„ 1. 12. 1927	40	20	über 8 000 „ 30 „	15 „

\*) Gilt nur für allgemeinen Tarif

Seit dem im Jahre 1927 beschlossenen Sondertarif (Hausball, Gewerbe und Nachtstar) ist der Strompreis ebenfalls konstant geblieben. 40 Prozent der Stromabgabe von Kleinabnehmern, Haushaltungen und Klein Gewerbe erfolgen auf Grund der Sondertarife, woraus sich ergibt, daß der Durchschnittserlös für die an Kleinabnehmer verkauften Kilowattstunden 30,5 Pfennig beträgt.

Die elektrische Leitungsnetze umfaßt am Ende des Wirtschaftsjahres März 1930 201 Kilometer Hoch- und 174 Kilometer Nieder- spannungsführung, 10 Kilometer Hoch- und 83 Kilometer Nieder- spannungsführung, 11 Spannungspunkte, 138 Netztransformationsstationen, 136 Privattransformationsstationen und 8439 Niederpannungsausanschlußstellen. Die Errichtung der elektrischen Straßenbeleuchtung in verschiedenen Stadtteilen und mehreren kleineren Straßenzügen hat die öffentliche elektrische Beleuchtung um 193 Leuchten erweitert. Sie umfaßt mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1931 122 Bogenlampen und 539 Glühlampen mit einer Gesamtleistung von 205 Amp. und einem Stromver- brauch von 649 025 Kwh. Die Zahl der Arbeiter beträgt im laufenden Wirtschaftsjahr 128 gegenüber 137 im Vorjahr einschließlich 3 Lehrlinge. Ein der unglücklichsten Wirtschaftslage werden die drei Werke eine etwas erhöhten künstliche Einahmequelle für die Stadtverwaltung sein.

Es wird sich aber erforderlich machen, daß bei all der im Vor- anschlag angewandten Sparmaßnahme es nicht zu umgehen sein wird, daß aus betriebswirtschaftlichen Gründen und Betriebsfähigkeit der neuerungen im Gas- sowohl als auch im Elektrizitätswerk durch- geführt werden müssen. Selbst wenn die gegenwärtige Finanzlage der Stadt es erforderlich machen würde, daß die hierfür aufzu- bringenden Summen aus Anlehensmitteln bestritten werden müßten.

Wenn Ärger und Verdruß Sie plagen,  
Wenn Ihnen nichts so recht gelingt,  
Wenn Sie sich abgespannt und müde fühlen —  
Dann müssen Sie hinaus in die Natur,  
Dahin, wo sie groß und hehr und einsam ist:  
In die Wunderwelt des Nordens.



## NORDLAND Fahrten

Führen zu den wundervollen norwegischen Fjorden, dem sagenumwobenen Island, in die Einsamkeit Spitzbergens, an die Grenze des ewigen Eises, ins Land der Mitternachts- sonne. Die erhabenen Eindrücke einer solchen Reise, die heitere Geselligkeit und die behagliche Muße an Bord eines Hapag-Dampfers geben neue Lebensfreude und Arbeitskraft.

- 20. JUNI BIS 1. JULI - 1. REISE - Hapag-Fjordfahrt nach dem landschaftlich schönsten Plätzen Westnorwegens mit dem Vergnügungsdampfer »Oceana« von RM. 310,- aufwärts.
- 4. JULI BIS 20. JULI - 2. REISE - Hapag-Nordkapfahrt mit dem Vergnügungsdampfer »Oceana« von RM. 470,- aufwärts.
- 16. JULI BIS 11. AUGUST - 3. REISE - Hapag-Schottland-, Island-, Spitzbergen- und Norwegenfahrt mit dem 2000 Tonn großen »Luxusdampfer« »Resolute« von RM. 900,- aufwärts.
- 22. JULI BIS 7. AUG. - 4. REISE - Hapag-Nordkapfahrt mit dem Vergnügungsdampfer »Oceana« von RM. 470,- aufwärts.
- 30. AUGUST BIS 27. AUGUST - 5. REISE - Hapag-Schottland-, Norwegen- und Ostseeahrt mit dem bekannten Vergnügungsdampfer »Oceana« von RM. 390,- aufwärts.
- 25. AUGUST BIS 12. SEPTEMBER - 6. REISE - Hapag-Ostsee-, Skandinavien- und Rußlandfahrt mit dem bekannten Vergnügungsdampfer »Oceana« von RM. 620,- aufwärts.

Näheres in der NORDLAND Illustrierten mit dem Preisanschreiben gratis erhältlich bei den Vertretungen der HAMBURG-AMERIKA LINIE

# Kleine badische Chronik

## Kraubüberfall auf einen Geldbriefträger

**Mannheim, 9. Mai.** Heute vormittag wurde in einem Hause der Seidenheimer Straße ein Geldbriefträger, der eine Postanweisung über einen kleinen Betrag aufstellen wollte, von drei Räubern überfallen, an Händen und Füßen gefesselt, durch Schläge mißhandelt und ihm der Betrag von etwa 2000 Mark geraubt. Die Täter stehen im Alter von 24 bis 33 Jahren. Sie sind unerkannt entkommen. Die Polizei fahndet eifrig nach ihnen.

## Eine große Erpressungsaffäre

**Baden-Baden, 10. Mai.** Wie das „Badener Tagblatt“ zu berichten weiß, wurde am 8. Mai das Gebäude der früheren Disconto-Gesellschaft, in dem seit 1. April die Redaktion sämtlicher Zeitungen einer Baden-Badener Zeitung untergebracht sind, überraschend von der Kriminalpolizei umstellt und der 1898 in Baden geborene Kaufmann Harry Levita, der im letzten Frühjahr als Vermittler einer Millionenanleihe für die Stadt, Werke auftrat, verhaftet. Levita war Teilhaber der G. m. b. H. und hatte sein Büro im Hause des Verlags. Auch gegen einen zweiten Teilhaber, den Direktor Schmed, ist Haftbefehl erlassen. Schmed ist flüchtig. Der Gesuchte ist 1887 bei Dortmund geboren. Gegen Levita und Schmed liegt Anzeige wegen Erpressung vor und zwar glaubt das „Badener Tagblatt“ annehmen zu können, daß diese Affäre in Verbindung steht mit Vorgängen in der früheren Firma Baisjari (Hera Berg), die bekanntlich langwierige steuerliche Differenzen mit dem Reich hatte, die auch zu einem Verfahren führten. Levita, der jüngere Sohn des Anwaltlers der Firma Baisjari war, ist in kaufmännische und steuerliche Vorgänge einbezogen zu haben. Er steht zusammen mit Schmed nun im Verdacht, sein Wissen unerschöpflich ausgenutzt zu haben. Allen Umständen nach sind gewisse Korruptionen in Preußens niedergelegt worden, die 1. H. allerdings bis auf wenige Exemplare vernichtet wurden. Eine dieser Preußens soll im Verlauf des in Frage stehenden Bankes, andere in Dortmund, von wo Schmed und Levita nach Baden-Baden kamen, gedruckt worden sein.

Zu dieser Affäre erregenden Aufmerksamkeit wird uns aus Baden-Baden noch berichtet: Hier wurde vergangenes Mittwoch der Direktor Harry Levita im Gebäude der Badischen Volkszeitung, Aulienstraße, verhaftet. Ob und wie das Verhältnis zwischen Herrn Direktor Levita und der Badischen Volkszeitung, dem hiesigen Zentrumsblatt, gestaltet ist, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß Herr Direktor Levita ausgerechnet sein Zimmer zwischen dem beiden Geschäftsführer, seines bisherigen Compagnons Schmed und des bisherigen Leiters, der seit 1. April d. J. in eine G. m. b. H. umgewandelten Badischen Volkszeitung, Herrn Pfeiffer, innehatte. Uebriens ist auch gegen Schmed, den ersten Geschäftsführer, Haftbefehl wegen gleicher Sache erlassen. Es handelt sich um Erpressungen in Sachen der Firma Baisjari. Scheinbar hatten Schmed und Levita Einblick in die kaufmännische und steuerliche Vorgänge, die sie zu fortlaufenden Erpressungen gegenüber den Beteiligten ausnützten. Schmed ist der Verhaftung bisher entgangen, weil er am Mittwoch in Dortmund war und scheinbar von Baden-Baden aus rechtzeitig gewarnt wurde.

Levita führte sich vor einem Dreiertribunal bei unserer Partei als in Dortmund am 1. Mai 1930 aufgenommenen Parteigenossen ein. Zu unserm Erstaunen erlitten wir vor einigen Tagen auf eine Recherche hin, daß auch Schmed am gleichen Tage wie Levita in Dortmund aufgenommen worden sei. Levita und Schmed sind weder in Dortmund, noch Levita hier in der Partei irgendwo hervorgetreten. Nach Abschluß des Verfahrens gegen Levita wird die hiesige Partei zu der Frage eines Ausschlußverfahrens gegen Levita Stellung nehmen und in der Sache Schmed dem Dortmunder Ortsverein den sofortigen Ausschluß wegen Doppelmittelbesitz — Schmed ist Mitglied der Zentrumspartei — empfehlen. Wir scheinen hier ein politisches Schachspiel vor uns zu haben.

Wie wir hören, soll nach dem Platan der Seifenblase Badische Volkszeitung G. m. b. H. die hiesige Ortsgruppe gegen die Volksgesundungskonferenz wegen rückständiger Beiträge in der Höhe von 8000 Mark zu stellen beschließen.

## Verhängnisvolle Soldateskiespielererei!

**Appenweier, 11. Mai.** Gestern mittag spielte das neunjährige Söhnchen des Kaufmanns Fr. Kusfere mit noch einigen Altersgenossen Soldateskiespiele. Wüßig ging das Söhnchen des Kaufmanns in dessen Bekleidung und kostete ein Flobergewehr seines Vaters, in dem sich unglücklichweise eine Kugel befand, zielt auf den gleichaltrigen Sohn des Oberwachmeisters Gerstner und drückte ab. Die Kugel drang dem jungen Gerstner in die rechte Brustseite, so daß derselbe zusammenbrach und einige Zeit bewußtlos am Boden lag. Der so junge Schütze nahm Reißaus und konnte erst gegen Abend gefunden werden. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte fest, daß die Verletzungen nicht allzu schwer sind und innere Organe anscheinend nicht verletzt seien. Der Familie Gerstner, die hier sehr beliebt ist und nun den einzigen Sohn hat, wendet sich allgemeine Teilnahme zu. Es ist zu wünschen, daß an der Wunde keine Komplikationen treten.

Fast täglich liest man in allen Zeitungen von solchen Fällen und wäre an dieser Stelle die Frage aufzuwerfen, inwiefern die Eltern derartige Meldungen völlig gedankenlos? Wie leicht hätte hier wieder ein lebensfroher Junge das Opfer des Leichtsinns werden können. Eine weitere Frage soll ebenfalls nicht unerwähnt

bleiben: Ist es nötig, daß man Kinder in diesem Alter so mit Miltärdiensten ausstüft und so befeuert, daß sie letzten Endes zu solchen Taten reif sind?

## Schwallwasserfäden.

**n. Söllingen.** Das Schwallwasser hat in unserem Ort drei Brüden fortgerissen, darunter eine eiserne. Mit welcher Gewalt das Wasser gebaut hat, sieht man wohl am deutlichsten beim Hammerwerk Söllingen. Dort gelang es wegen der großen Macht des Wassers nur eine der beiden Becken zu öffnen. Im Ru war das ganze Fabrikgelände überflutet, so daß die Arbeit eingestellt werden mußte. Das Wasser hobte sich seinen Weg seitlich des bisherigen Flußbettes, und hat sich dort ein neues, sehr großes Bett gegraben. Auch sonst hat das Schwallwasser hier großen Schaden angerichtet. Verschiedene Häuser mußten geräumt werden, die Krautgärten waren vollständig überflutet, viele Gartensäue umgerissen. Interessant mag ein Vergleich sein mit einem Schwallwasser im Jahre 1851 — seit dort war kein Schwallwasser mehr, das zum Vergleich dienen könnte. Wie wir an einem Wasserstandszeichen aus dem Jahre 1851 feststellen konnten, war der damalige Wasserstand um 30 Zentimeter niedriger als damals. Trotzdem ist wohl anzunehmen, daß das letzte Schwallwasser noch größer war wie damals. Im Jahr 1856 wurde nämlich die Bahn gebaut und dabei gleichzeitig die feineren Fahrbrücke um einen weiteren Bogen vergrößert. Dadurch staut sich das Wasser am Donnerstag nicht in gleichen Maße, sondern konnte rascher ablaufen, so daß die Ueberflutung nicht so groß wurde wie damals. Ein weiterer günstiger Umstand ist vollständig als Erfolg der sozialdemokratischen Gemeindepolitik zu kennzeichnen. Die Pfingstregulierung, die von den bürgerlichen Gemeindevorstehern in den letzten Jahren immer wieder als „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ zu Wahlmanövern benützt wurde, hat sich glänzend bewährt. Und wenn die Pfingstregulierung vollständig durchgeführt worden wäre, so sind wir jetzt überzeugt, daß auch ein großer Teil der übrigen Schwallwasserfäden vermieden worden wäre.

**Berghausen.** Das anhaltende Regenwetter ließ die sonst so ruhige Pfingst zum rauschenden Strom werden. Bis gegen Abend standen alle an der Pfingst und in der Nähe der Longrube stehenden Häuser und Straßen metertief unter Wasser. Die meisten Bewohner verließen fluchtartig die Häuser unter Mithilfe der Feuerwehr. Der Wellengang war so stark, daß manche Straßen mannsstief aufgerissen wurden. Die erst vor kurzem kultivierte Longrube stieg 6 Meter tief unter Wasser. Blühende Gartenanlagen sind in große Steinbänke verandelt. Auch viele Gebäude haben durch das Wasser schwer gelitten. Der Schaden, der angerichtet wurde, läßt sich kaum abschätzen.

**i. Neuthard.** Die Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft hielt unter dem Vorsitz von Vorstand Geneza ihre Generalversammlung ab. Die Berichte letzteren recht günstig und konnten die Umstände gesteigert werden. Nach erfolgter Entlastung sprach Verbandsvorsitzender Schaber vom Verband. Genossenschaft über die Bilanzverhältnisse der Genossenschaft sowie über die Ziele und Aufgaben der Genossenschaftsbewegung, Lagerhausverwaltung (Bruchsal) berichtete über den genossenschaftlichen Warenbezug. Bei den Wahlen wurden die langjährig ausübenden Vorsitzenden und Ausschussmitglieder Jakob Henkel und Robert Baumgartner wiedergewählt. Die Warenbesitztreitanz wurde pro Mitglied auf 300 Mark festgesetzt.

**Mörsch, Mittwoch, 29. April.** fand im Volkshaus in Mörsch eine vom Arbeiterportallrat einberufene Versammlung mit der Tagesordnung „Stellungnahme zur Gründung eines Arbeiter-Camaraderkolonne“ statt. Referent war der Vorsitzende Genosse Schneider-Karlsruhe, der in ausführlicher Weise Zweck und Ziele der Arbeiter-Camaraderkolonne darlegte. An das Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in der allgemein zum Ausdruck kam, daß die Gründung einer Arbeiter-Camaraderkolonne hier am Orte eine Notwendigkeit ist. Eine größere Anzahl von Genossen schloß sich sofort als Mitglieder ein und nahmen die Wahl des Gesamtvorstandes vor. Als erster Vorsitzender wurde Genosse Heinrich Buxfart, Gartenstraße 31, als Kolonnenführer Genosse Johannes Rühl, Sommerstr. 767, gewählt. Die künftige Leitung der Kolonne hat der am Orte praktizierende Arzt, Herr Dr. Forster in der, in lebenswärtiger Weise übernommen. Der Ausbildungskurs beginnt am Mittwoch, 13. Mai, abends Punkt 8 Uhr, im Handarbeitsaal der Volkshaus. Wir rufen der Arbeiter-Camaraderkolonne von Mörsch zu: Werdet Mitglied der Arbeiter-Camaraderkolonne Kolonne Mörsch, kommt in die Unterrichts- und Uebungsabende.

**Prerad.** Beim Billardspielen lief das acht Jahre alte Töchterchen der Landwirte Schneider von Kuttlerweiler, als es einer Kugel nachspringen wollte, in das Kessauto Vorschlagagen hinein, wurde vom Hinterrad erfasst und so schwer verletzt, daß es auf der Stelle starb.

**Säckingen.** Als der Wehrer Eichenhof von Oberflächen zwischen Säckingen und Oberdingen mit seinem Fahrrad die Straße überqueren wollte, wurde er von einem von einer Dame gefahrenen Auto erfasst, überfahren und lebensgefährlich verletzt.

**Wüstliche Mühlentwerte U.G. Mannheim.** In der Ausschlußsitzung wurde beschlossen, der am 29. Mai stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem Bruttogewinn eine Dividende von 8 Prozent = 400 000 RM. zu verteilen.

## Ein Kulturhandfied verjährt

Die von den Jägern und Naturfreunden festgestellte Tatsache, daß die Bestände von Wilden bei uns in starkem Rückgang begriffen sind, hat die zuständigen Behörden in datenswerter Weise veranlaßt, Maßnahmen zu ergreifen, der Vernichtung dieser außerordentlich nützlichen und schönen Vögel vorzubeugen. Das Verbot der Ausübung der Jagd mittels Lodenten, die Verlängerung der Schonzeit bis 31. August 1929 und deren Wiederbeginn am 1. Februar 1930 waren Verfügungen des Ministeriums, die bei jedem Naturfreund und Jäger ungeteilte Zustimmung gefunden haben. Der Erfolg dieser löblichen Maßnahmen blieb auch nicht aus, eine Steigerung des Bestandes an Wilden ist eingetreten.

Ein Schandfied in diesen Schutzmahnahmen besteht aber heute noch, nämlich der Entengang in Memprechtshofen. Mit großer Freude hören wir die Nachricht, daß im Jahre 1932 der Massenmord der Enten auch im Memprechtshofener Entengang eingestellt wird und eine Neuverpflichtung nicht stattfindet. Die Tatsache, daß hier jährlich bis zu 5000 Enten der Krage herumgedrückt wird, dürfte genügen, auch den Nichtfachmann über den ansehnlichen Schaden und die Tierquälerei zu unterrichten. Der Einwand, es handle sich um „fremde Zugenten“, ist schon aus dem Grund hinfällig, weil der Fang vor dem Eintreffen und nach dem Abzug der fremden Enten, also zu einer Zeit, wo nur unsere heimischen Enten anwesend sind, betrieben wird. Während der Anwesenheit der Zugenten mischen sich unsere heimischen Enten unter diese, und sollen dem Fang genau so zum Opfer wie die fremden Enten. Auch alt hergebrachtes Recht kann in der heutigen Zeit diese Massenmordung nicht rechtfertigen. Vor noch nicht 50 Jahren gab es bei uns eine Unmenge Enten, die sich unter günstigen Lebensbedingungen stark vermehrt und deren Abschluß mit dem Vorderlader sich in engen Grenzen hielt. Heute vollständig entmenschenartige Verhältnisse.

Die Einstellung des Entenganges in Memprechtshofen entspricht daher nicht nur dem Wunsch und der Forderung der Jäger und Naturfreunde, sie ist vielmehr eine bringende Notwendigkeit für die Erhaltung unserer heimischen Entenbestände. Der Entengang in Memprechtshofen — ein Kulturhandfied im schönen Land Baden — verjährt endlich im Jahre 1932. R. Remo.

## Aus dem Gerichtssaal

### Diebische Geschwister

**Am. Karlsruhe, 8. Mai.** Wegen Rückfalldiebstahls sah die wiederholt vorbestrafte 22jährige Arbeiterin K. v. von hier, sowie ihre 19jährige bisher unbefragte Schwester Krescentia auf der Anklagebank. Sie hatten sich im September vorigen Jahres gemeinsam in die Südbühnenstraße begeben, aus der sie einen Damenschirm und einen Damenhut entwendeten, bei einer anderen Gelegenheit hielten sie aus der gleichen Schule eine schwarze Tuchhülle, einen Damenhut und eine Wollweste mitgehen. Bei einem dritten Besuch in der Handelsschule im Zirkel stahlen sie einen Mantel und einen Schirm und in der Lindenschule einen weiteren Mantel. Als die beiden Diebinnen ermittelt waren, wurden sie verhaftet. Im Gefängnis sahen sie ihnen offenbar wohl zu Mute zu sein, denn sie vertrieben sich dort die Zeit damit, daß sie lärmten und zum Fenster hinaussahen, außerdem haben sie mit ihren Spiegeln zu andere Gefangenen hinübergespiegelt. Vor dem Einzelrichter geben sie im wesentlichen den Sachverhalt an, nur bezüglich der Anstiftung will eine der anderen den Vortritt lassen. Das Gericht verurteilte die Karoline L. wegen Rückfalldiebstahls zu fünf Monaten Gefängnis abzüglich fünf Wochen Untersuchungshaft; ihre Schwester kam mit sechs Wochen Gefängnis davon, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Sie wurde auf freien Fuß gesetzt.

**Die zu 4 Jahren 60 Tg. die Zeile**  
**Bei 5 u. mehr Jahren 60 Tg. die Zeile**  
Vergeltungsansprüche finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Refraktionspreis berechnet

### Vereinsanzeiger

**Karlsruhe.**  
Naturfreunde Beierheim. Heute abend 8 Uhr Monatsversammlung im Lokal „Zum Rindud“. 3914  
Stadtausflug für Arbeiterport und Jugendpflege. Heute Ausflugshütten. 3916

### Nordlandzauber.

In den kommenden Sommermonaten wird das Nordland wieder das Ziel vieler naturliebender, schönheitsfremder Wanderer sein, mit Recht; denn in der Fülle gigantischer Wilder, im kontrastreichsten Nebeneinander von Erdbenen und Hochlagen hat die nordische Gebirgs- und Wasserwelt nicht ihresgleichen. Wie ein riesiger Schwall unterirdischer Erdbeben die Wägen des Eisemeers durch ein breites Feldgürtel in vielfachfacher Gliederung vom Etagerrat bis zum Nordkap, ziehen sich auf einer Front von etwa 2000 Kilometer Bergmassive von arktischen Wäldern, von tiefen Felskluft durchzogene Hochebene und hell auftragende Gipfelformationen von klarer Schönheit aneinander. Zeit Ergötzen brandet hier das Meer gegen den Stein. Ueberall greift es tief in das Land hinein, vereinigen sich mit den Wellern der Strömungstücher und trägt Bewegung, Leben und Lieblichkeit in die Stille der Landschaft. In diese Majestät und Anmut harmonisch in sich vereinigte Welt führen die in der Zeit vom Juni bis September geplanten Nordlandfahrten der Hamburg-Amerika-Linie, deren Programm außerdem noch die sonnenüberstrahlten Eisküsten, Spitzbergen, Islands historischer Stätten, Schottland, Schweden, Dänemark und die übrigen Ostseeländer umfaßt. Das Programm bietet dem Nordlandfreund kurze Fahrten, wie die eisdalige Nordreise des Berggänger-Dampfers „Oceana“, Reisen mittlerer Länge, wie die feinschneidigen Nordlandfahrten der „Oceana“ und schließlich ausgedehnte Reisen, wie die Schottland-, Island-, Spitzbergen- und Norwegenfahrt des Dreifachdecker-Turisdampfers „Neseflut“ und die Skandinavien- und Ostseefahrt der „Oceana“.

# Sunlight-Produkte jetzt so billig!



★ Auch wertvolle Gutscheine tragen alle Packungen der Sunlight Erzeugnisse; die doppelgroßen Packungen von Lux Seifenflocken und Vim sogar zwei. Sammeln Sie die Gutscheine! Sie erhalten dafür schöne Gaben. Verlangen Sie unseren illustrierten Werbegaben-Katalog!

### Lux Seifenflocken

für alle Ihre guten Sachen  
Normalpaket . . . 30 Pfg.  
Doppelpaket . . . 50 Pfg.

### Sunlight Seife

für die große Wäsche,  
für Hand und Haus  
Doppelpaket . . . 30 Pfg.  
Gr. Würfel . . . 25 Pfg.

### Vim

Zum sparsamen Putzen  
und Scheuern  
Normaldose . . . 30 Pfg.  
Doppeldose . . . 50 Pfg.

SUNLIGHT GES. MANNHEIM · BERLIN

## DIE GUTEN SUNLIGHT PRODUKTE

★ Ein Beispiel: Diese prächtige Kasserolle erhalten Sie für 30 einfache Gutscheine.

584-61

### Tagung des bad. Sparkassen- und Giro-Verbandes

In der Schwarzwalddstadt Villingen tagte am Samstag, 9. Mai, der badische Sparkassen- und Giroverband. Bei dieser Tagung, die den Sparkassen erwidert, bemerkt die hiesige Zeitung an derselben, denn nach den 174 dem Verbande angeschlossenen Sparkassen hatten 163 Vertreter teilgenommen. Außerdem waren verschiedene Behörden vertreten. Die Verhandlungen leitete der Präsident des Verbandes, Dr. Gugelmaier (Mannheim), der nach den Begrüßungsworten seinerseits wie einigere Vertreter den gedruckten Geschäftsbericht noch mündlich ergänzte. Mit Genugtuung konnte der Berichtsteller feststellen, daß die Sparkassen die schwere Zeit ohne allzu erhebliche Einbußen überstanden haben. Im Kerne seien die badischen Sparkassen gesund. Der Berichtsteller berührte auch das Reparationsproblem und vertrat den Standpunkt, daß wir mit den Reparationszahlungen nicht mehr weiterkommen. Aber auch gegen die Reparationszahlungen nicht mehr weiterkommen. Aber auch gegen die Reparationszahlungen nicht mehr weiterkommen. Aber auch gegen die Reparationszahlungen nicht mehr weiterkommen.

Den Bericht von der badischen kommunalen Landesbank erstattete Direktor Dr. Meißner (Mannheim). Aus seinen interessanten Ausführungen war zu entnehmen, daß auch dieses Institut gewaltige Umsätze und eine regenreiche Tätigkeit zu verzeichnen hat. Der Berichtsteller konstatierte u. a., daß der Ausgang der letzten Reichstagswahlen eine Stagnation des Kapitalflusses gebracht habe. Man sieht also aus diesen Worten aus beruheltem Munde, wie der Sieg der Nazis der Wirtschaft großen Schaden und damit auch eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit gebracht hat. Eine recht regenreiche Arbeit hat ebenfalls die Landesbauverwaltung vollbracht, worüber Syndikus Dr. Schmieder (Mannheim) berichtete. Eine recht große Zahl Baudarlehen konnte abgegeben werden. Redner kam auch auf die großen Verrechnungen verschiedener privater Bauvereine zu sprechen, die vielfach nicht eingelöst wurden zum Schaden der Bauvereine.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**  
 Sterbefälle und Beerdigungszeiten, 8. Mai: Elfriede Wenz, 63 J. alt, Robert, ledig (Eggenstein). Mina Weeber geb. Greiber, 83 J. alt, Witwe von Otto Weeber, Warrer. Beerdigung am 11. Mai, 10 Uhr. — 9. Mai: Bertina Gutmann geb. Schott, 63 Jahre alt, Ehefrau von Marx Gutmann, Kaufmann. Beerdigung am 11. Mai 12 Uhr.

### Deutsche Bauausstellung Berlin 1931

Inmer mehr scheint sich die Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß die Wiederbelebung der Weltwirtschaft vom Baueisen ausgehen müsse. Unter diesen Umständen erweist die Deutsche Bauausstellung Berlin 1931, besonders Interesse. Die Ausstellung hat sich zum Ziel gesetzt, das deutsche Baueisen aus diesem Kreislauf herauszuführen und ihm die Wege zu neuen Zielen zu zeigen. Großes Interesse wird vor allem die Internationale Abteilung der Ausstellung für Städtebau und Wohnwesen bieten, die dort, in welcher Weise die größten Probleme des Baueisens, nämlich die Stadtgestaltung, die Gestaltung des Verkehrs und die Gestaltung der Produktion im Ausland gelöst werden.

Die Deutsche Ausstellung für Städtebau will nicht einzelne Städte in den Vordergrund stellen, sondern es sollen die wichtigsten Probleme des modernen Städtebaus behandelt werden, wofür die verschiedensten Städte Material geliefert haben. Unter diesen Problemen ist besonders zu nennen die Frage nach den Ursachen der neuzeitlichen Stadtbildung der gewaltigen Agglomeration in Industriegebieten und Großstädten. Dieser Abschnitt, der wirtschaftlich und technisch an die Grundprobleme unserer Entwicklung rührt, ist bearbeitet worden von der Technischen Hochschule Karlsruhe, Professor Dr. Heiligenthal.

Dem Bauhofmann wird vor allem die Abteilung „das neue Bauen“ wichtige Anregungen geben. Die Abteilung „das neue Bauen“ enthält auch Darstellungen der Technischen Hochschule aus ihrem Unterrichtsbereich. Die Architekturabteilung und die Bauingenieurabteilung der Technischen Hochschule Karlsruhe, die Professoren Gabler, Heiligenthal, Pauerer und Schweizer haben hier ausgestellt.

Die Rolle I: Ursachen der Stadtbildung (Agglomeration), Bearbeitung: Professor Dr. Heiligenthal, verantwortlich: Arbeitsteilung (Fabrikarbeit) und Arbeitsvereinigung (Organisation und Transport) sind die Ursachen der neuzeitlichen Stadtbildung (Agglomeration). An Hand von Beispielen aus dem sächsischen Industriegebiet wird gezeigt, wie die Textilindustrie (arbeitsorientierte Industrie) als altes, fabrikmäßig entwickeltes Gewerbe das Wachstum der sächsischen Gemeinden befruchtete, wie sich in Verbindung mit ihr der Maschinenbau zunächst als Hilfsindustrie entwickelte und zum weiteren Wachstum vor allem der Hauptstadt des Bezirks Chemnitz beigetragen hat. An Hand von Beispielen aus dem Ruhrgebiet wird dargestellt, wie die Siedlungsentwicklung im Gebiete der Schwerindustrie (transportorientierte Industrie) vor sich gegangen ist, wie sich die Siedlungsentwicklung in Eisen und Stahl neben dem Bergbau herausgebildet hat und wie die Verwaltung der Produktion dieses Bezirks mehr und mehr sich in seiner Hauptstadt Essen konzentriert.

Die Funktionen der kleineren selbständigen Industriegebiete werden an den Beispielen von Jena und Borsdorf unterzucht. Die größten Niederlassungen der verarbeitenden Industrie (Spinnindustrie) finden sich aber in den binnenländischen Großstädten, welche zugleich die wichtigsten Stütze der Verwaltung, der gewerblichen Produktion und der Güterverteilung sind. Ihre wirtschaftlichen Funktionen als Grundlage ihrer Siedlungsentwicklung werden am Beispiel von Breslau, Köln und Düsseldorf dargestellt. Ebenso werden die besonderen Entwicklungsbedingungen der See- und Hafenstädte am Beispiel von Hamburg vor Augen geführt.

Auf Grund dieser Einzeldarstellungen, auf Grund von Plänen der verschiedensten Epochen und von Luftbildern ergeben sich die Entwicklungstendenzen der deutschen Städte im Rahmen der deutschen Wirtschaft. Modelle veranschaulichen die typischen Agglomerationsformen unserer Zeit, die Hauptstadt des arbeitsorientierten Industriegebietes, die binnenländische Großstadt und die See- und Hafenstadt des Wirtschaftsgebietes. Die Zentrale des Inlandverkehrs und der Auslandsbeziehungen. Für alle aber, welche im Baueisen arbeiten, ist der Besuch der Deutschen Bauausstellung Berlin 1931 geradezu ein Bedürfnis.

### Aus der Stadt Durlach

Jungsozialisten. Heute Montag, 20 Uhr, im Heim Arbeitervereins.

**Diebstähle und Betteln.** In der Nacht zum Sonntag wurde von einem Unbekannten ein Motorrad entwendet. Die sofort aufgenommene Verfolgung verlief erfolglos. Das Diebstahl konnte wieder beigegeben werden. — Ein 42 Jahre alter Arbeiter wurde festgenommen, weil er bei seinen Betteltönen vorgab, taubstumm zu sein. Er hatte sein Gebrechen nur vorgegebend, um mildtätigen Sätze zu finden.

**Hochwasser.** Aus Durlach-Aue wird uns geschrieben: Der 7. Mai wird für die Einwohner des Dorfes Durlach-Aue ein Erinnerungstag bleiben. Der Ort wird am Fuße des Gebirges von zwei Talschluchten durchzogen, deren Abfluskräften bei Niedrigständen die Wassermassen mit sich bringen. Der eine kommt von Grünwettersbach durch Wolfersweier und geht durch die Gemartuna Aue. Der zweite Graben kommt von Hohenwettersbach, fließt durch ein Röhrlaldboden und mündet in die Kanalisation. In den Nachmittagsstunden des 7. Mai wurden die Einwohner durch die großen Niederschläge veranlaßt, den Höhenstand bildete der Durchbruch des Damms am Graben von Grünwettersbach unterhalb Wolfersweier. Durch Mitführen von Geröll füllte sich das Becken durch und die Wasser des Grabens sprühte sich leuchtend durch den Dammschleusen. Das zweite Unheil durch die Niederschläge erfolgte durch den Tiefentaler Graben aus Hohenwettersbach kommend, der durch das erstellte Röhrlaldboden fließt. An zwei Stellen ist der Dammschleusen durchbrochen; das Wasser strömte über Gärten und bedrohte Häuser und Familien. Die Bewohner haben ihre ganze Arbeit unter Wasser gesetzt; die Kanalisation war nicht imstande, die Wassermassen aufzunehmen.

Für die Bewohner von Aue und für die Stadtverwaltung ergibt der Tag neue Aufgaben, denn es müßten weitere Maßnahmen getroffen werden, daß solchen Unfällen soweit als möglich nach menschlicher Berechnung gedeutet wird.

**Die Regulierung des Hühnergrabens** muß mit allem Nachdruck betrieben werden; die Grundbesitzer werden einsehen, wie notwendig das ist, um größeren Schaden zu verhüten, eine Umleitung (Hühnergrabens) herbeizuführen. Das Röhrlaldboden ist zweimal durchbrochen. Hier sind die Gefahren aber weit größer, weil hier neben den Gärten auch Gebäude in Frage kommen. Es muß Aufgabe der Stadtverwaltung sein, ihr Augenmerk auf dieses Bauwerk zu richten. Es muß Grundriß werden, nach jedem Niederschlag die gelagerten Rückstände abzuführen, um dem Becken immer die genügende Tiefe zu erhalten, was bis jetzt nicht geübt ist. Auch östlich der Stadt, an der Fins, ist ein größerer Dammschleusen entstanden. Der Schaden ist für Stadt und Einwohner gerade jetzt, wo die Feldbestellung erst vor sich gegangen ist, ein sehr großer.

**Schweinefleischmarkt** am 9. Mai. Der Markt war befüllt mit 88 Pauererschweinen, 241 Ferkelschweinen. Verkauf wurden 48 Pauererschweine und 201 Ferkelschweine. Preis per Paar Pauererschweine 42-48 M., Ferkelschweine 20-32 M.

### Standesbuchauszüge der Stadt Durlach

Sterbefälle. Magdalena Philippine Baumann geb. Görtz, Witwe, Ritterstraße 17, 62 Jahre alt; Elise Beck geb. Krantz, Ehefrau, Schloßstr. 10, 51 Jahre alt; Franziska Komback geb. Müller, Witwe, Mosartstr. 18, 67 Jahre alt; Alfred Dietrich, Schloßstr. 18, 67 Jahre alt; Emil Würther, Gerber, Ehemann, Amalienstr. 25, 54 Jahre alt; Herta Budinger, Kind, Finsstraße 49, 1 Jahr alt. Karl Friedr. Sulzer, Sattler, Ehemann, Finsstraße 18, 63 Jahre alt; Karl Richter, Landwirt, Ehemann, Weidenarten, Bahnhofstr. 64, 50 Jahre alt.

## EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

**KÜHLSCHRÄNKE KÜHLANLAGEN**



ausgerüstet mit

**ROT-SILBER-KÜHLAUTOMAT AS**

Hermetisch geschlossen  
Keine Explosions-Gefahr  
Kein Gasentweichen

Praktisch unbegrenzte Lebensdauer  
kein Nachfüllen von Öl u. Kältemedium  
selbsttätige Regelung d. Kälteerzeugung

**BROWN, BOVERI & Cie. A.G. MANNHEIM**

Abt. Kälte-Maschinen

Städt. (Oeffentl.) Sparkasse  
**BADEN-BADEN**  
 Amtliche Hinterlegungsstelle

**Hch. Langendörfer**  
 Walzenmühle / Weingarten i. B. / Telefon Nr. 19  
 empfiehlt neben seinen Weizen- und Roggenmehlen **Spezialmehle** wie Kommismehl, Weizenschrot, Roggenschrot

**Leipheimer & Mende**  
 Das Spezial-Geschäft  
 für Herren- und Damenstoffe, Wäsche- und Haushaltungstoffe

**KNOPF**  
 Das große moderne Warenhaus für Alle

**Drogerie Wilhelm Tscherning**  
 Ecke Amalien- und Karlstraße  
 Fernsprecher Nr. 519  
 Mitglied der Rabattpargruppe

**Zeit ist mehr**



als Geld, denn was die vielgeplagte Hausfrau ihrer Arbeit an Zeit abgewinnt, kommt ihrer Familie und der persönlichen Erholung zugute. Unschonbar sind oft die Helfer. Damit die Wäsche schneller fertig geplättet werden kann, ist jetzt die Sohle des neuen Bügelleisens breiter als früher. Das **PROTOS-Standard-Bügelisen** ist ebenfalls billiger geworden, es kostet mit Aufstellvorrichtung je nach Gewicht RM. 6,- bis RM. 6,50 und ist ein **SIEMENS-SCHUCKERT-ERZEUGNIS** Überall im Einzelhandel

**Natürliche Mineralbrunnen**  
 des In- und Auslandes zu Kurzwecken und als tägliches Tischgetränk in allen Preislagen  
**BAHM & BASSLER**  
 KARLSRUHE i. B., Zirkel 30, Telefon 265  
 FREIBURG i. Br., Lagerhausstr. 19, Tel. 2967

**WINSCHERMANN G. M. B. H.**  
 Stefaniestraße 94  
 Fernsprecher: 815, 816, 817  
 Kohlen, Koks, Briketts, Holz

BESUCHT DAS **VOLKSHAUS** / **MONINGER BIER**  
 SCHÜTZENSTRASSE 16  
 ANGENEHMER AUFENTHALT!!

**Ihre Damenhüte kaufen Sie gut und billig bei Geschwister Gütmann**



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

11. Mai

1686 †Hofmeister Otto v. Guertel. — 1871 †Engl. Astronom John Herschel. — 1895 Umstrukturierung abgelehnt. — 1896 †Belgischer Sozialist Jean Bolders. — 1916 †Komponist Max Reger. — 1925 †Sozialist Dr. Otto Röster. — 1926 Rechtsratiale Putschpläne aufgedeckt.

## Schweres Flugzeugunglück auf dem Karlsruher Flugplatz

### Zusammenstoß in der Luft

Auf dem hiesigen Flugplatz ereignete sich am Samstag abend gegen 6.30 Uhr ein schwerer Flugzeugunfall. Zwei Maschinen, die kurz vorher aufgestiegen waren, stießen in der Luft zusammen. Durch die Wucht des Zusammenstoßes sausten beide Apparate in die Tiefe und gingen dort zum Teil in Trümmer. Die Besatzung, die pro Maschine aus zwei Personen bestand, wurde schwer verletzt. Die Rettungsaktionen begaben sich sofort an die Unfallstelle, um die Verunglückten aus den Trümmern zu bergen. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig. Es war nur möglich, die Insassen der Flugzeuge durch Zerlegen der Trümmer frei zu machen. Einer der Insassen, Prof. Steidinger, ist nun nach Einlieferung ins Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Das Unglück ereignete sich in etwa 20 Meter Höhe. Das von Prof. Steidinger und Flugzeugführer Gruber besetzte Flugzeug wollte zu einem zweiten Flug starten, während das Flugzeug „Brigant“ mit dem Fluglehrer Ritscherle und dem Flugführer Grittmann von Malch bei Eittingen im Landen begriffen war. In etwa 20 Meter Höhe gerieten die beiden Flugzeuge mit den Tragflächen ineinander und stürzten ab. Beide kamen etwa 100 Meter voneinander entfernt auf den Boden und wurden vollkommen zertrümmert. Prof. Dr. Steidinger ist schon bei seiner Einlieferung ins Krankenhaus seinem schweren Schädelbruch erlegen. Seine Frau war Augenzeugin des Flugzeugunglücks. Steidinger, der im 33. Lebensjahre steht, war Dozent für Luftfahrtwesen an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. Grittmann erlitt ebenfalls einen schweren Schädelbruch und schwebt in Lebensgefahr. Die beiden Flugzeugführer Gruber und Ritscherle erlitten schwere Obersehenverletzungen. Bei ihnen besteht z. Zt. keine Lebensgefahr. Noch am gleichen Abend wurden die zertrümmerten Flugzeuge abgehielet.

Zu den zusammengefahrenen Flugzeugen handelte es sich um zwei Maschinen vom Typ Koach-Rabenstein und August Klemm, die erst kürzlich in den Ausbildungsdiens der hiesigen Fliegergruppe gestellt worden sind. Das eine der verunglückten Flugzeuge ist das Motorflugzeug „Brigant“, das vor noch nicht langer Zeit erst vom Karlsruher Oberbürgermeister auf diesen Namen getauft worden war. Das Flugzeug D 1575, ein Doppeldecker, gehörte dem Badisch-Bälischen Luftfahrtverein, während das andere, der Eindecker „Brigant“ der hiesigen Akademischen Fliegergruppe gehörte. Beide Apparate waren zur Ausbildung von Flugführern bestimmt und daher auch zur Zeit des Zusammenstoßes von je einem Fluglehrer und einem Flugführer besetzt.

Die beiden Flugzeuge, von denen das eine gerade eine Zwischenlandung vorgenommen hatte, wollten gegen 6.30 Uhr gleichzeitig zu einem kurzen Rundflug starten. Infolge des schon herrschenden Dämmerlichtes konnte der Führer des Akademischen Fliegergruppen gehörigen Flugzeuges das andere, das sich zudem durch seinen Farbenanstrich kaum vom Erdboden unterscheidet, nicht mehr deutlich erkennen. Beide Maschinen folgten aufeinander zu und prallten in einer Höhe von ungefähr 20 Meter mit ca. 100 Kilometer Geschwindigkeit zusammen. Wie Augenzeugen berichten, versuchte der Führer des einen Flugzeuges noch rasch vor dem verhängnisvollen Zusammenstoß das Steuer herumzulenken und leitwärts abzubiegen, aber es war schon zu spät. Der Eindecker streifte mit dem linken Flügel die Strebe des Doppeldeckers auf der rechten Seite, so daß dessen Tragfläche brach und die Maschine leitwärts abdriftete. Infolge der ungeheuren Geschwindigkeit riß der Flügel des Motorflugzeuges „Brigant“ ab und die Maschine stürzte demoliert zu Boden.

Der Unfall ist auf eine Verletzung von unglücklichen Momenten zurückzuführen, es liegt weder ein Verschulden irgendeiner Stelle vor, noch ein Materialfehler. Wie Augenzeugen sagen, wurde im Augenblick des Zusammenstoßes in der Luft ein lauter Knall hörbar, der die Menschen aus der Umgebung zusammenschien ließ, die dann mit ansehen mußten, wie die beiden Maschinen fortüber in die Tiefe stürzten. Das Flugzeug „Brigant“ bildet einen einzigen Trümmerhaufen von Holzstücken, während das andere Flugzeug nur am Vorderende demoliert wurde und der hintere Teil nur unwesentliche Beschädigungen aufweist. Der hintere Teil ragt steil in die Luft.

Ausdrücklich betont werden muß noch, daß es reine Privatflüge waren, die die beiden Flugzeuge an diesem Abend noch unternahmen wollten.

(.) Tagung in Karlsruhe. Der Verbandstag des Bad. Spar- und Giroverbandes in Triberg hat beschlossen, seine nächstjährige Tagung in Karlsruhe abzuhalten.

## Die Polizei berichtet:

### Verkehrsunfall

Am Samstag nachmittag wurde ein verk. Krankenführer bei der Straßenbahnhaltestelle Bahnhof Durlach als er die Straße überquerte, von einem Personenkraftwagen erlitt und eine Strecke weit geschleift. Er wurde mit schweren Verletzungen in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus Durlach eingeliefert. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt, es dürfte jedoch nach den bisherigen Feststellungen dem Kraftfahrer als den Verunglückten einen Teil der Schuld treffen.

Außerdem ereigneten sich über Samstag und Sonntag verheerende Verkehrsunfälle.

Straßenschlag. Sonntag abend wurde Ede Ettlinger und Hauptstraße ein 69 Jahre alter Fabrikarbeiter von einem Henschlag getroffen. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

### Wasserstand des Rheins

Basel 123, Waldshut 314, Schaffhausen 187, Rehl 320, Maxau 520, Mannheim 518 Zentimeter.

## Friedhöfe und Bestattungswesen

Die Landeshaushaltsstadt Karlsruhe hat einen Hauptfriedhof und sieben Vorortfriedhöfe. Im Wirtschaftsjahr 1930/31 fanden in diesen 1402 Menschen ihre letzte Ruhe. Davon waren 1198 Erdbestattungen und 204 Feuerbestattungen. Die Sterbefälle sind gegenüber dem Vorjahre um 2 gestiegen. Daß die Not steigt und die Armut zunimmt, geht daraus hervor, daß von der kostenlosen Bestattung im Jahre 1930 erheblich mehr Gebrauch gemacht wurde wie das in den Vorjahren der Fall war.

Vom Bestattungsamt wurden geliefert:

	Für Erwachsene:	Für Kinder:	Zusammen:
Särge in Eichen	11	—	11
„ 1. Stufe	54	—	54
„ 2. „	299	4	303
„ 3. „	331	3	334
„ 4. „	465	235	700
Zusammen	1160	242	1402

Die Säuglingssterblichkeit ist immer noch eine sehr große. Von den verstorbenen Kindern waren 198 unter einem Jahre alt. Daß auch die Feuerbestattung kostenlos erfolgt, ist wohl noch nicht recht unter der Karlsruher Bevölkerung bekannt, insbesondere nicht in Arbeiterkreisen, was aus folgender Tabelle zu ersehen ist.

Von der Feuerbestattung machten Gebrauch:

Fabrikanten	3
Höhere Beamte	26
Mittlere Beamte	22
Kaufleute	17
Sonstige Geschäftsleute	19
Ehefrauen von Geschäftsleuten und Beamten	28
Witwen von Geschäftsleuten und Beamten	49
Verheiratete weibliche Personen	14
Landwirte	1
Rechtsanwälte	2
Kleriker	6
Verstorbene	1
Lehrer	7
Privatmänner	3
Arbeiter	6
Zusammen	204

Es ist sehr zu wünschen, daß auch in der Arbeiterbevölkerung die Feuerbestattungsbedürfnisse gefördert werden.

Die Feuerbestattungsbedürfnisse werden gefördert. Umsonst als damit absolut keine größeren Kosten entstehen wie bei der Erdbestattung. Wie schon oben bemerkt, ist in Karlsruhe auch die Feuerbestattung eine kostenlose.

Der diesjährige Voranschlag sieht wesentliche Verbesserungen in der Feuerbestattungsanlage vor, so muß nach den beherrschenden Gesichtspunkten die Bestattungsanlage im Krematorium durch einen Umbau gesichert werden.

Endlich soll auch in Karlsruhe ein Kraftwagen mit entsprechender Ausstattung für die Ueberführung der Verstorbenen beschafft werden. Die Leichenwagen in Karlsruhe und in den Vororten befinden sich nicht mehr in würdiger Verfassung. Besser sind auch wieder Mittel vorzusehen zur Schaffung eines Waldfriedhofes zwischen Bulach und Grünwinkel. Allerdings ist die Summe von 700.— M als recht bescheiden zu bezeichnen. Vorjahres Jahr wurden 1400 M bereitgestellt.

Die Anlagen am Hauptfriedhof sind schon, auch die Wegeneinrichtungen in Ordnung, was man in Bezug auf einige Vorortfriedhöfe gerade nicht behaupten kann. Insbesondere trifft das auf den Mühlburger Friedhof zu. Bei Tauwetter im Winter oder auch Regen im Sommer verfinstert man bis über die Knöchel im Schlamm. Das ist recht unangenehm, wenn man bedenkt, daß in den Vororten keine Friedhofkapellen zur Verfügung stehen, wo die Feuerbestattungen abgehalten werden können. Hier gehören für jenseitige Empfänger beständig; das sind Kulturarbeitern im wahren Sinne des Wortes. Die Ausgaben für Lohn werden bei den Feuerbestattungen gespart.

Für die Arbeiter im Hauptfriedhof muß unbedingt bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. In allen Teilen der Stadt und auch auf dem Rathaus sind Einrichtungen vorhanden, die hinsichtlich als vorbildlich bezeichnet werden können. Auf dem Friedhofe ist weder für die Leichenräumer noch für die Arbeiter Wohngelegenheiten vorhanden; trotzdem sie gerade hier am notwendigsten sind. 26 hängende Arbeiter und 6 Bestattungsbeamte sind beschäftigt. Für die Vorortfriedhöfe besteht eine besondere Regelung.

Der gesamte Voranschlag für alle Friedhöfe sieht eine Einnahme von 233.000.— M und eine Ausgabe von 338.910 M vor, so daß ein 3 u f u h von 105.910.— M erforderlich ist. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, wieviel Kilometer Wege sich in den Friedhöfen befinden und wie groß und schön die Anlagen sind.

## Wohnungsbau 1931

### Aus der Stadträtlichen Begründung zur Wohnungsbauvorlage

(Schluß.)

Bekanntlich stehen im Jahre 1931 an Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaus aus der Gebäudensteuer nur noch nicht halb soviel zur Verfügung wie bisher. Die Gemeinden erhalten aus dem Wohnungsbaubau der Gebäudensteuer 1931 um mittelbar überhaup nicht mehr, das Gemeine wird zentral durch das Land verwaltet. Das Land läßt den insgesamt aus der Gebäudensteuer für den Wohnungsbau im Jahre 1931 verfügbaren Betrag auf 8,4 Mill. RM. und gibt davon den Städten (Wohnungsverbänden) als sogenannten Landeszuschuß (verlorener Zuschuß) ein Viertel des jeweiligen örtlichen Aufkommens, insgesamt 2,1 Mill. RM. Die restlichen 6,3 Mill. RM. außerdem aus einem dem Land aufzunehmenden Wohnungsbaudarlehen weitere 7 Mill. RM., zusammen also 13,3 Mill. RM., werden den Städten und Wohnungsverbänden als sog. Landesdarlehen zu 3 v. H. Zins und 2 v. H. Tilgung zur Verfügung gestellt.

Der (verlorene) Landeszuschuß soll von den Städten und Verbänden entweder zu neuen Zinsbeiträgen oder aber zur Befreiung der etwaigen Zinsunterbilanz aus der bisherigen Wohnungsbauförderung Verwendung finden. Die Landesdarlehen haben die Städte und Verbände als Baudarlehen auf eigene Rechnung zu den gleichen Bedingungen auszusuchen, wobei in den Städten auf eine Wohnung im Durchschnitt nicht mehr als 3000 Reichsmark Baudarlehen entfallen sollen. Indessen kann in Karlsruhe auch das bisherige System der bodenpreislichen Baudarlehen in Verbindung mit den Zinsbeiträgen beibehalten werden. Soweit die Städte im Einzelfall nur Zinsbeiträgen, also nicht Kapital in Form von Baudarlehen oder Baupfandbriefen gewähren, will sich das Land außerdem mit Landeszuschüssen für einzelne Wohnungen an der Aufbringung der Mittel für die Zinsbeiträgen beteiligen. Dabei wird dieser Landeszuschuß im Einzelfalle etwa 100 RM. pro Wohnung betragen.

Für Karlsruhe kann ungefähr mit folgenden Zuteilungen des Landes gerechnet werden: a) Landeszuschuß 300.000 RM., b) Landesdarlehen etwa ein Zehntel des Gesamtbetrages von 13,3 Millionen RM., also rund 1.300.000 RM., c) Landeszuschüsse für Einzelfälle, höchstens für 100 Wohnungen zu je etwa 100 RM. jährlich.

Auf der Grundlage dieser Mittel soll die Förderung des Wohnungsbaus durch die Stadt wie bisher getrennt werden: a) in die Sinsgabe von Baupfandbriefen (Beitrag zur Kapitalbeschaffung), b) die Gewährung von Zinsbeiträgen (Beitrag zur Senkung des Zinsaufwandes).

Die Baukosten haben schon seit Herbst vorigen Jahres stark zunehmen. Nachdem nunmehr auch eine erhebliche Lohnsteigerung eingetreten ist, wird man im Jahre 1931 mit 15% niedrigeren Baukosten rechnen dürfen als im Jahre 1929. Dadurch wird es möglich, die öffentliche Leistung für die Wohnbevölkerung gegenüber früher zu reduzieren und trotzdem noch die Gestehungskosten der Mieten etwas niedriger zu halten, als in den früheren Jahren. Eine Aufstellung aus den Jahren 1929 und 1930 zeigt, daß der in Karlsruhe zur Zeit jährlich hinzukommende Wohnungsbedarf noch recht groß ist, sehr viel größer, als man nach dem zur Zeit sehr langsamen Wachstum der Bevölkerungsziffer der Stadt annehmen möchte. Sieht man für die nächsten Jahre von einem Wanderungsgewinn vollständig ab und stellt dazu noch in Rechnung, daß infolge der wirtschaftlichen Not nicht jede neue Familie unbedingt eine Wohnung in Anspruch nimmt, so ist der laufende Neubedarf aus der örtlichen Bevölkerungszunahme doch nicht unter 500 Wohnungen zu schätzen;

dazu noch etwa 50 Wohnungen als Ersatz für verloren gehende Wohnungen (Abbruch, Zusammenlegung, Zuführung an einen anderen Zweck) gerechnet, ergeben sich mindestens 550 neue Wohnungen, die gebaut werden müssen, um das heutige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auch in Zukunft aufrecht zu erhalten. Das neue Wohnungsprogramm sollte daher zunächst 550 Wohnungen enthalten. Zur Ausleistung als Baupfandbriefen steht nur das vom Land zu erhaltende Darlehen von etwa 1.300.000 RM. zur Verfügung. Der Darlehensdurchschnittssatz soll nach Landesvorschrift normalerweise 3000 RM. / Wohnung nicht überschreiten. In Sonderfällen (Kinderreiche, Schwerkrankenbeschädigte) kann noch ein Zusatzdarlehen gewährt werden. Es ist deshalb im ganzen ein Durchschnitt von 3200 RM. / Wohnung anzunehmen. Das Landesdarlehen von 1.300.000 RM. ist also ausreichend für rund 400 Wohnungen.

Der Förderungsbetrag für die Zinsbeiträge wird zu 140 RM. für je 1 Quadratmeter Wohnfläche vorzusehen, höchstens jedoch zu 7000 RM. Trotzdem können dank der verminderten Baukosten

die Mieten von Kleinwohnungen mit 50 bzw. 60 Quadratmeter, auch noch 80 Quadratmeter Wohnfläche des Baujahres 1931 noch um etwa 6 RM. monatlich niedriger werden, als die der Wohnungen des Baujahres 1929.

In Fällen besonderer Art (Kinderreiche, Schwerkrankenbeschädigte) soll der Förderungsbetrag der Zinsbeiträge um 1/2, außerdemfalls um die Hälfte des Normalbetrages erhöht werden. Dadurch ergibt sich seitens der Stadt eine Zinsauszahlung von: 31. bis zu 374 v. H. aus 3500 RM. = 116 RM. Außerdem gewährt das Land jenseitig für solche Fälle noch Sonderzuschüsse, die annähernd den gleichen Betrag erreichen können. (An Stelle der Sonderzuschüsse aus Landesdarlehen von etwa 1500 RM. zu nur 1 v. H. Zins.) Im Ganzen wird es dadurch möglich sein, für kinderreiche Familien die Miete um 200—220 RM. jährlich oder 18 RM. monatlich zu senken. Es wird also für eine kinderreiche Familie eine Kleinwohnung mit 3/4 bis 4 Zimmern von 80 Quadratmeter Wohnfläche (statt normaler Weise um 78 RM., zu rund 60 RM. zu vermieten sein).

Nach den bisherigen Ausführungen stehen an Zinsbeiträgen im ganzen zur Verfügung: Gesamtförderungsbetrag aus Landeszuschuß und Landesdarlehen 3.700.000 RM.

Im Vorjahre waren noch 50.000 RM. für Schwemmanndarlehen vorgezogen; hieron wurde jedoch nur zu einem ganz geringen Betrag Gebrauch gemacht. Sogenannte Infanzienbausearlehen, die mit dem jeweiligen Sparkassenbauseinschuss höchstens jedoch mit 8 v. H. zu versinsen und in der Regel innerhalb 3 Jahren zurückzahlen waren, gibt es in Karlsruhe seit 1928 nicht mehr, nachdem die Nachfrage hiernach von solchen Bauherren eigenhändig, welche der Stadt genügende dingliche Sicherheiten geben konnten, so gut wie aufgehört hatte. Im Jahre 1931 sollen für Schwemmanndarlehen aus den Landesdarlehen bis zu 20.000 RM. abgesetzt werden.

Von den für die Förderung des Wohnungsbaus insgesamt vorgesehenen Landesdarlehen von 13,3 Millionen RM. will das Land vorerst einen Betrag von nur etwa 5 Millionen RM. unter die Städte und Wohnungsverbände aufteilen. Das ist nicht ganz der nach dem Abzug der Landeszuschüsse verbleibende Wohnungsbaubauanteil an der Gebäudensteuer. Ein bestimmter Zeitpunkt für die Aufnahme des 7 Millionen RM. Darlehens ist noch nicht bekannt. Man wird also schon aus diesem Grunde das vorstehend entwickelte Darlehensprogramm von 550 Wohnungen in eine 1. und 2. Kaufstufe aufteilen haben und vorerst für nicht mehr als etwa 350 Wohnungen eine Förderung ausgeben dürfen. Als gedeckt können heute gelten die Zinsbeiträge für rund 200 Wohnungen aufgrund des verlorenen Landeszuschusses von 300.000 RM. und für weitere 140 Wohnungen durch die erste Zuteilung des Landes aus Landesdarlehen. Es ist ein 1. Programm mit etwa 350 Wohnungen wenigstens annähernd heute sichergestellt.

Entgegen der landläufigen Meinung, die Kleinwohnungen sei vernachlässigt worden, ist es Tatsache, daß 1/2 aller erstellten Wohnungen Kleinwohnungen sind und daß die Zahl der Kleinwohnungen im Verhältnis zu den Mittelwohnungen im Laufe der Jahre dauernd gesteigert worden ist. Die Frage, ob nicht trotzdem soviel Mittel und so wenig Kleinwohnungen im Bau sind, wird erst in einer späteren Zukunft beantwortet werden können. Schlüsse aus Augenblicksrechnungen der heutigen Not zu ziehen, wäre verfrüht. Es scheint heute allerdings ein Heiner Ueberfluß an größeren Wohnungen vorzuhanden zu sein; möglicherweise verhandelt sich dieser Ueberfluß aber bald wieder in Mangel, wenn nach Ueberwindung der augenblicklichen Not die Ansprüche wieder wachsen und wenn, mangels öffentlicher Förderung, der Neubau sogenannter besserer Wohnungen auf ausbleiben bedingt sein wird. Die Stadt hat sich übrigens in Fragen dieser Art von Anfang an bemüht zurückzuführen und Einfluß auf die Wohnungszunahme nur insoweit ausgeübt, als bei der Förderung im einzelnen die Kleinwohnung günstiger gestellt werden konnte. Es mag Sache der Bauherren, die Wirtschaftlichkeit seines Bauvorhabens selbst zu beurteilen. Er hatte und hat auch heute noch in erster Linie das Risiko. Aufgabe der Stadt war es lediglich, die schönsten der richtigen der Geldbeschaffung und der hohen Zinsen durch die öffentlichen Zuschüsse auszugleichen. Im übrigen sollte die Bauwirtschaft völlig frei sein. Die frei arbeitende Wirtschaft kann den Markt besser beurteilen, als eine noch so gut ausgestattete und bewillenshaft arbeitende zentrale Behörde. (Nach so schönen Worten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß in erster Linie hätten billigere Kleinwohnungen gebaut werden müssen, bevor die größeren Wohnungen in so großer Zahl errichtet worden sind, die nun zumteil heute leer stehen. Die Red.)



